
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

PÜRSÜN: NACH ISOLATIONSVERPFLICHTUNG MUSS AUCH DIE MASKENVERPFLICHTUNG IM ÖPNV FALLEN

11.11.2022

- **Hessen setzt Forderung der Freien Demokraten um**
- **Corona entwickelt sich zur Endemie**
- **Eigenverantwortung statt staatlicher Vorgaben**

Yanki PÜRSÜN, gesundheitspolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Ankündigung der Landesregierung, die Isolationspflicht für Corona-Infizierte aufzuheben, begrüßt. „Damit wird endlich eine Forderung der Freien Demokraten umgesetzt“, erinnert Pürsün. „Hessens Gesundheitsminister Kai Klose hat sich für diesen Schritt, den Hessen nun gemeinsam mit Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein geht, aber unnötig lange Zeit gelassen. Dass sich Corona von der Pandemie zur Endemie entwickelt und die Isolationspflicht zu Personalengpässen führt sowie Gesundheitsämter und Arbeitsschutzbehörden unnötig belastet, ist schon länger bekannt. Dass Menschen, die sich krank fühlen und Symptome haben, zu Hause bleiben, sollte ohne Pflicht von oben selbstverständlich sein.“

Nach Überzeugung der Freien Demokraten ist jetzt der richtige Zeitpunkt, anderen europäischen Ländern zu folgen und auf die Eigenverantwortung der Menschen zusetzen, und das nicht nur in Bezug auf das Absondern im Infektionsfall. „Als nächster Schritt muss die Maskenpflicht im ÖPNV fallen, so wie es auch im Flugzeug keine Maskenpflicht mehr gibt“, fordert Pürsün. „Warum sollten im ÖPNV andere Regeln gelten als in Innenräumen? Masken in Bussen und Bahnen zu tragen, ist eine sinnvolle Empfehlung, vor allem, wenn das entsprechende Verkehrsmittel voll besetzt ist. Wer Erkältungssymptome hat, sollte aus Rücksicht auf andere Menschen eigenverantwortlich Maske tragen, und auch jedem, der Sorgen vor Infektionen hat, ist es freigestellt, eine Maske zu tragen. Eine staatlich verordnete Pflicht braucht es aber nicht mehr.“

Pürsün fordert darüber hinaus, die einrichtungsbezogene Impfpflicht bis zu deren gesetzlichen Auslaufen auszusetzen. „Die einrichtungsbezogene Impfpflicht verschärft den Arbeitskräftemangel im Gesundheitswesen und ist eine bürokratische Last für jene, die sie kontrollieren müssen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de